

Kamerun: Die Kolonialgeschichte spaltet immer noch das Land

Menschen sind bei Protesten der englischsprachigen Minderheit gegen Diskriminierung in Kamerun getötet worden. Viele fordern die Abspaltung vom französischsprachigen Teil des Landes.



Die Anwälte protestieren seit Monaten



Die Demonstranten tragen Särge



Seit November 2016 demonstrieren die Menschen im englischsprachigen Kamerun gegen die Regierung. Sicherheitskräfte gehen brutal gegen

Proteste von Anwälten und Lehrern im englischsprachigen Teil des Landes vor. Sogar Studenten der Universität in Buea wurden während einer friedlichen Demonstration brutal niedergeschlagen.

Mehrere tausend Menschen skandierten „Wir sind bereit zu sterben! Wir sind bereit für den Tod!“ als sie durch die Straßen von Bamenda im Westen Kameruns marschierten. Einige trugen Särge auf ihren Schultern und schrien den Polizisten zu, sie sollten sie doch töten und ihre Leichen gleich in die Särge legen. Es dauerte nicht lange, bis die Sicherheitskräfte eingriffen und mit Tränengas und scharfer Munition in die Menge schossen. „Wir wollen, dass sich Frankreich aus dem Staub macht. Wir haben genug eigene Mittel, um unser Bildungssystem und unser Gesundheitswesen zu organisieren. Uns steht jetzt Freiheit zu“, sagt ein Mann. Was als Protest von Anwälten und Lehrern begonnen hat, droht sich zum antifranzösischen Aufstand auszuweiten.

Eine Föderation auf Papier ohne Wirkung

Damit bricht ein alter Konflikt auf, dessen Wurzeln bis in die Kolonialzeit zurückreichen und der entlang der kolonialen Grenzen verläuft. Kamerun war ab 1884 bis zum Ersten Weltkrieg deutsche Kolonie, 1919 wurde es auf Frankreich und Großbritannien aufgeteilt. Das britische Südkamerun schloss sich nach der Unabhängigkeit 1961 der bereits souveränen französischen Exkolonie an. Seitdem besteht die Republik Kamerun aus

einem großen französischen Teil, der etwa vier Fünftel der Landesfläche ausmacht und einem englischsprachigen Westen, der heute die Regionen Nord-West und Süd-West umfasst.

Die unterschiedliche Kolonialgeschichte prägt bis heute die Gesellschaft in den beiden Landesteilen, sowohl Französisch als auch Englisch sind Amtssprachen, in Recht und Bildung gibt es zwei Systeme. Doch seit Jahrzehnten werfen Repräsentanten des englischsprachigen Landesteils der Zentralregierung von Langzeitdiktator Paul Biya in der Hauptstadt Yaoundé vor, ihre Regionen zu benachteiligen und die anglophone Minderheit zu diskriminieren – eine Anschuldigung, die in den 1990er-Jahren auch in Sezessionsbestrebungen gipfelte.

Der jüngste Konflikt speist sich erneut aus einem Gefühl französischer Übermacht. Seit Oktober haben englischsprachige Anwälte zu einem Streik aufgerufen, um gegen die Anstellung von französischsprachigen Richtern und die mangelnde Anerkennung des angel-

sächsischen Rechtssystems zu protestieren. Seit Montag dieser Woche streiken auch die Lehrer in den englischsprachigen Regionen, sämtliche Schulen sind geschlossen. Sie wenden sich gegen die Entsendung von französischsprachigen Lehrern. „Die Regierung fängt sogar an, Frankofone zu rekrutieren, Menschen, die im französischen Subsystem studiert haben, um englischsprachige Kinder in Englisch zu unterrichten“, empörte sich Tassang Wilfred, Generalsekretär der englischsprachigen Lehrgewerkschaft Cattu, auf Radio France Internationale (RFI). „Das ist ungeheuerlich!“

Den Protesten haben sich tausende Bewohner der englischsprachigen Regionen angeschlossen, die auch gegen zu hohe Preise und die hohe Arbeitslosigkeit demonstrieren. Seit Anfang dieser Woche sind laut BBC mindestens 100 Menschen festgenommen worden. Die Lage sei sehr angespannt, berichten lokale Medien. Die Lehrgewerkschaft Cattu hat Eltern dazu aufgerufen, Jugendliche nicht auf die Straßen zu lassen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Doch der Streit solle weitergehen, versichert Wilfred. „Die Regierung verletzt alle Aspekte unserer Kultur und unserer Nation – zum Nachteil der anglophonen Kinder.“

Aktuelle Entwicklung

Am Montag den 9.1.2017 gab es in den beiden englischen Regionen überall Geisterstädte. Mittlerweile sind die Geschäfte wieder geöffnet aber die Schulen und alle Gerichte sind immer noch geschlossen. Keiner weiß, wann Normalität zurückkehren wird.

Quellen: bamendaonline.net, Die Presse, cameroon-info.net

